

A4: Ein neues Positionspapier zu Religion, anstelle «Staat und Religion» (2009)

Antrag zuhanden der Jahresversammlung der JUSO Schweiz vom 18.&19.02.2023 in Bern.

Antragsstellende: Elisabetta Marchesini (JSG), Mélanie Ruffi (JSG), Lucien Schwed (JSG), Dario Bellwald (JUSO OW), Tanja (J Emmental), Timo Räbsamen (JUSO Wil-Toggenburg), Noctua Chen (JUSO Aargau), Pauline Schneider (JSN), Jana Kürzi (JUSO Zug), Tania Sauteur (JSF), Jakub Walczak (JUSO Stadt Bern) Camille Roh (JSVR), Aida Demaria (Giso Ticino), Alma Diaz (JSN) und Elena Kasper (JUSO BL)

Die JUSO Schweiz verfasst ein neues Positionspapier zum Thema Religion, das "Staat und Religion" (12.12.2009) ersetzt. Das Positionspapier formuliert unter anderem eine klare und fundierte Kritik an antimuslimischem Rassismus und bekräftigt das Recht auf Zugang zum öffentlichen Raum für verschleierte muslimische Frauen. Es befasst sich auch mit anderen Diskriminierungsformen aufgrund der Religion, insbesondere mit Antisemitismus. Außerdem kritisiert es die Rolle des Christentums in rechten politischen Bewegungen. Das Papier wird in Zusammenarbeit mit Angehörigen religiöser Minderheiten, insbesondere der muslimischen Community, verfasst. Das Papier wird einer Delegiertenversammlung (DV) oder einer Jahresversammlung (JV) innerhalb von zwei Jahren nach Annahme dieser Resolution vorgelegt.

Begründung: *Das aktuelle Positionspapier stammt aus dem Jahr 2009. Die Antragsstellenden finden vor allem, dass die Kritik an antimuslimischem Rassismus nicht reicht und im Hinblick auf die jüngsten islamfeindlichen Entwicklungen nicht mehr aktuell ist. So sind islamfeindliche Diskurse zentral geworden. Dies verkörpert sich zum Beispiel in seit den 2010er-Jahren wiederholten Kontroversen rund um den Burkini, was unter anderem die Annahme der SVP-Initiative gegen das Verhüllen des Gesichts durch das Volk ermöglichte. Neben dieser Initiative und dem Minarettverbot zeigen auch andere Elemente, dass das derzeitige Schweizer Paradigma zutiefst islamfeindlich ist, wie etwa das Genfer Gesetz über die Laizität. Angesichts der Bedeutung dieses Themas ist es notwendig, dass sich die JUSO dieses Themas annimmt. Darüber hinaus wird es uns ein Grundlagendokument ermöglichen, die nächsten Angriffe zu antizipieren, anstatt den Zeitplan der Rechten zu erdulden. Ein solches Dokument wäre zum Beispiel in der Kampagne gegen das Bundesgesetz über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus im Jahr 2021 nützlich gewesen.*

Die Antragsstellenden stellen ausserdem fest, dass Menschen mit muslimischem Hintergrund in der JUSO unterrepräsentiert sind, besonders in der Geschäftsleitung und den Vorständen. Generell spielt das Fehlen einer ernsthaften Position der linken Parteien in Fragen des antimuslimischen Rassismus eine wichtige Rolle für das mangelnde Vertrauen von Menschen mit muslimischem Hintergrund gegenüber diesen Parteien. Dieser Missstand sollte behoben werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme.